

Dr. Reinhard J. Voß

**Politische Handlungsoptionen für Christen in Kirchen und Friedensbewegung jenseits der Spirale von Terror und Krieg
(Oldenburg, Uni, 13.12.2001)**

I..

Kirchliche Stimmen sind derzeit manchmal überraschend. Ich zitiere die eigentlich konservative Eichstätter Kirchenzeitung, deren Chefredakteur Karl G.Peschke am 11.11. unter dem Titel „Weltfriede in Gefahr“ schrieb: „Präsident Bush jr. hat bisher nicht mehr als die Bescheinigung, die USA hätten das Recht, sich gegen Terroranschläge individuell und kollektiv zu verteidigen. Für einen Krieg ist das keine Legitimation. (...) Unverständlich ist, warum unter diesem Bundeskanzler die deutschen Soldaten in den Einsatz geschickt werden, ehe die Gründe und Ziele dafür transparent sind. Die Eilfertigkeit, in der diese rot-grüne Regierung sich bemüht, ihre Bündnistreue anzudienen, ist beunruhigend. Die Unfähigkeit dieser Regierung, in anderen als militärischen Kategorien zu denken, ist beschämend. Die mangelnde Bereitschaft, Bedenkenträger ernst zu nehmen, ist verhängnisvoll. (...) Der Kreuzzug gegen den Terrorismus hat – wenn das Wort keine Rückkehr ins Mittelalter bedeutet – mit modernen Mitteln zu geschehen: Dialog, Überzeugung, Entwicklung sind die modernen Synonyme für den Frieden.“ Soweit der Leitartikel aus Eichstätt, der Diözese des ähnlich warnend argumentierenden katholischen Militärbischofs Walter Mixa. Als ein solcher christlich-pazifistischer Bedenkenträger melde ich mich zu Wort - als Vertreter von pax christi in der katholischen Kirche.

Schon jetzt wird deutlich, wie stark wir Pazifisten gezwungen sind, politisch auf die Dynamik der Regierung zu reagieren. Dabei fällt es schwer, die eigene grundsätzlichere Position überhaupt noch einzubringen. Sie ist gewachsen in den 90er Jahren im sog. Pazifismusstreit bei Pax Christi, aber auch in der aufreibenden Arbeit für Flüchtlinge und Asylschutz in unserem Land sowie für Friedensdienste in Konfliktregionen.

Was hat denn „Gewaltfreiheit als christliche Option“ überhaupt noch beizutragen zum politischen Diskurs, wenn jeder Kriegsgegner gleich unter den Generalverdacht des Anti-Amerikanismus und des Bündnisverrats (man sagt nicht mehr: Vaterlandsverrat) gestellt ist?!

Wir sind in der Friedensbewegung der 80er Jahre mit dem lauten „Nein ohne jedes Ja“ (zu Massenvernichtungsmitteln) angetreten, haben dann in den 90ern angesichts des (2.) Golfkrieges hart (politisch, pädagogisch, spirituell) an Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung und des Zivilen Friedensdienstes, in der Asyl- und Menschenrechtsbewegung gearbeitet, also an einem konsequenten „Ja“. Da war die Friedensbewegung nicht mehr massenhaft auf den Strassen zu sehen, aber sie war in vielfältigen Alternativprojekten zum Krieg tätig – gerade auch in Kriegs- und Krisengebieten. Erst im letzten Jahr habe ich neu gelernt, dass wir bei diesem „Ja“ das „Nein“ zu sehr zurückgestellt hatten und dass Ja und Nein zusammen gehen müssen: das Ja der Zivilen Konfliktbearbeitung und das Nein des Antimilitarismus.

Friedensfachkräfte sind mehr als Lückenbüßer: „Das Spektrum reicht von der im engeren Sinn politischen Dimension über den Ausbau oder den Aufbau verlässlicher Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung bis hin zur Erneuerung gestörter zwischenmenschlicher Beziehungen (...) sei es als potentieller „Bürger-als-Friedensstifter“ auf der Ebene politischer Multiplikatoren unterhalb der höchsten politischen Führungsebene, sei es als Beobachter von Gerichtsverfahren und Wahlen, sei es als Vermittler von Dialogen zwischen verfeindeten Kollektiven.“ (EKD-Zwischenbilanz „Friedensethik in der Bewährung“, Hannover 2001, S.89)

II.

Ich gehe jetzt bewußt nicht auf die Gerechtigkeitsfrage ein, die Papst Paul schon 1967 vor der UNO einklagte – mit seinem berühmten Wort „Gerechtigkeit ist der neue Name für Frieden.“ Bundespräsident Rau sagte ganz in diesem Sinne nach den Terror-Anschlägen: „Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist ein gerechte internationale Ordnung.“ Ich möchte nur festhalten, was auch kirchlicherseits am stärksten seit dem 11. September immer wieder betont wurde, daß die äußerst ungleiche globale Machtverteilung im wirtschaftlichen, politischen, militärischen und auch kulturellen Bereich zunehmend als Vorherrschaft des Westens zu bezeichnen ist und als solche erlebt wird: als eine Art „struktureller Arroganz“. Die Terroristen könnten ohne diese Erfahrungen von Demütigung, Unterdrückung, Abhängigkeit, Ausweglosigkeit, Entwurzelung im kulturellen und ökonomischen Bereich in vielen Ländern des Südens gar nicht genügend Rückhalt und Echo finden für ihre verbrecherische Verblendung.

Ich konzentriere mich also auf die immer wieder gestellt Frage, was neben solch langfristigen Strukturveränderungen denn kurzfristig von Pazifisten zur Bekämpfung oder Überwindung des recht undifferenziert „Terrorismus“ genannten Phänomens beizutragen sei.

III.

Wir Pazifisten (Christen und andere) haben mindestens **fünf Leitbilder** dazu beizutragen:

1. **das Leitbild des gewaltfreien Jesus**, die Vision der „Pax Christi“, des jesuanischen Friedensstiftens durch radikales Verstehen und manchmal auch Provozieren des „Gegners“, den Martin Buber in seiner Deutung des Neues Testaments einen „zeitweiligen Hasser“ nannte. Hier will ich kurz auf das Mißverständnis des christlichen Pazifismus als einer passiven Haltung eingehen. Eine entscheidende Bibelstelle, die immer wieder missachtet, missdeutet und missbraucht wurde, ist nach Wink das Jesuswort von der anderen Wange, der zweiten Meile und dem auch noch herzugebenden Untergewand (Mt 5,38-41). Walter Wink, Neutestamentler aus New York schrieb als Hilfe zum gewaltlosen Anti-Apartheidskampf in Südafrika (mit einem Vorwort von Bischof Tutu) ein Büchlein zum „dritten Weg Jesu“, um die Christen in ihrem Gewaltfreien Widerstand zu stärken. Ich zitiere ihn: „Weshalb empfiehlt Jesus diesen - ohnehin genügend gedemütigten - Menschen, die andere Backe hinzuhalten? Weil genau dies den Unterdrücker seiner Möglichkeit beraubt, sie zu demütigen! Die Person, die die andere Backe hält, sagt damit „Versuch es noch einmal! Dein erster Schlag hat sein eigentliches Ziel verfehlt. Ich verweigere dir das Recht, mich zu demütigen.“ (...) In diesem Kontext redet Jesus. Die Armen sind es, die ihm zuhören.“

Ich lernte durch diese Deutung zu verstehen, was ich auch bei Gandhi sah: gewaltloser, besser: gewaltfreier Widerstand ist nicht passiv, sondern eine sehr aktive, erlernbare, und sogar taktisch und strategisch einsetzbare Haltung und Handlung. Sie setzt aber eine spirituelle Vertiefung voraus, eine ständige innere Auseinandersetzung und Wachheit.

2. **das Leitbild des „gerechten Friedens“**, das sich der grundsätzlichen „vorrangigen Option für Gewaltfreiheit“ (Ökumenische Versammlungen der Kirchen in der DDR 1987/88 und anderswo) verdankt, basierend auf der tiefen Einsicht, dass Gewalt allzu leicht nur Gewalt gebiert und in Form einer Spirale sehr schnell politisch unkontrollierbar wird. In diesem letzteren Punkt sind gerade die Kriterien eines „gerechten Friedens“ hilfreich, wie sie die katholischen Bischöfe vor einem Jahr aufstellten. Ich messe sie kurz am gegenwärtigen Krieg in Afghanistan und stelle fest, dass die Kriterien einer „ultima ratio“ nicht erfüllt sind.

- Ein „größtmögliches Maß an Sorgfalt in der Prüfung der zu erwartenden Folgen“ der Gegenschläge wurde nicht angewandt: siehe z.B. die vielfach erwähnten Eskalationsrisiken und die Gefahr einer Anheizung von Hass und Rachegefühlen auf der Seite islamisch geprägter Staaten.
- Die Bombardierungen stellen keineswegs ein „Minimum an Gewalt“ dar: siehe z.B. die militärische Unterstützung der Krieg führenden Nordallianz, die Massivität und die Dauer der Militärschläge.
- „Zielführung und Verhältnismäßigkeit der Mittel“ werden zunehmend unglaubwürdig: Geht es um die Ergreifung der Terroristen? Die Vernichtung ihrer Strukturen? Den Sturz des Taliban-Regimes? Den Sieg über einen von mehreren „Schurkenstaaten“? Welchem dieser Ziele nützen z.B. die verheerenden Streubomben?
- Ebenso wenig wurde vor Kriegsbeginn eine klare politische Perspektive für die „Zeit danach“ entwickelt; die Konfliktnachsorge wurde nicht sorgfältig bedacht. Dies geschah – nicht zuletzt durch die Minister Powell und Fischer – erst in großer politischer Hektik parallel zum Krieg.
- Ein „Schutz der Zivilbevölkerung“ und eine Verhinderung der „Flüchtlingsnot (als) größte humanitäre Herausforderung“ sind nicht gewährleistet – im Gegenteil!
- Es gab nach Ansicht vieler vielleicht formal „ein hinreichendes Mandat der Vereinten Nationen“, doch ist auch dies umstritten und war auch dem Kalkül Russlands und Chinas angesichts ihrer eigenen internen Unruheherde zu verdanken; jedenfalls ist es kein Ersatz für eine echte Stärkung der UNO als der Gewalt eindämmenden und das Völkerrecht durchsetzenden Instanz. Die Resolution 1373 des Sicherheitsrates vom 28.9. 2001 war mit den von ihr geforderten „geeigneten Maßnahmen“ weit weg von der dann anrollenden Kriegsmaschinerie und kann nicht zu deren Legitimierung dienen. Das Nürnberger Menschenrechtszentrum schrieb dazu: „Vielmehr enthält die Resolution ein ganzes Bündel anderer Maßnahmen, die die Mitgliedsstaaten zu ergreifen haben.“ (finanzielle, strafrechtliche, informationelle, polizeiliche, usw.) sowie „die Anwendung der bereits bestehenden 12 internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus – von denen die USA keines ratifiziert haben.“

3. **das Leitbild der zivilen Konfliktbearbeitung, des Zivilen Friedensdienstes und des „Schalomdiakonats“.** Wir Pazifisten entwickelten eine Vielfalt gewaltfreier Aktionsformen von der Sozialen Verteidigung und der Mediation bis zu internationalen Missionen in präventiver und auch konfliktvermittelnder Absicht. Der amerikanische Ex-Präsident hat mit seinem „Carter-Institute“ Vorbildliches in dieser Hinsicht geleistet. In Deutschland ist zu verweisen auf die seit den 60er und besonders in den 90er Jahren entwickelten Alternativen im Entwicklungs- und Friedensdienst-Bereich. Im Sinne der Friedens-Gefährdung durch Not, Gewalt und Unfreiheit wurde in den 60er Jahren in Deutschland besonders 1967-69 eine erste intensive Debatte über neue Friedensdienste geführt, die schließlich ins Entwicklungshelfergesetz von 1969 mündete. Damals sprach einer der Initiatoren, Wolfgang v.Eichborn, davon, nun sei „als erster Friedensdienst der Entwicklungsdienst“ anerkannt worden. Es kam nie zur Anerkennung eines weiteren „zivilen Friedensdienstes“ wie er schon damals genannt und gefordert wurde; lediglich ist 1998 der ZFD als Teil des Entwicklungsdienstes anerkannt und seither offiziell gefördert worden - mit einer im Vergleich zu militärischen Ausgaben verschwindend kleinen Summe von jährlich 19,5 Mio DM. Der Ausbau dieses politischen Erbes könnte eine wirklich Alternative zu militärischem Eingreifen werden, würde sie nur ähnlich stark gefördert wie dieses! Das Auswärtige Amt hat etwa die Hälfte dieser Summe seinerseits zur Verfügung für die Fortbildung von Friedensfachkräften, d.h. zivilen Beobachtern und

Begleiterinnen bei UN- und OSZE-Missionen, wie etwa der Wahl im Kosovo. Es gibt genügend nichtstaatliche Organisationen, etwa in der „Plattform zivile Konfliktbearbeitung/ ZKB“ zusammengeschlossen, die eine politische Basis für die Weiterentwicklung darstellen. Mittlerweile gehört es schon zur Routine, wenn wir bei Pax Christi das Schreiben eines benachbarten Entwicklungsdienstes bekommen, in dem es z.B. heißt: „Wir bitten um Anregungen und Vorschläge, um gemeinsam getragene Vorhaben im Rahmen des ZFD durchzuführen, in denen es Bedarf für die Mitarbeit von Friedenfachkräften geben kann. Insbesondere kommen hierfür Aktivitäten in den Bereichen Bildungsarbeit, Versöhnungsarbeit, Friedenserziehung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Flüchtlingsarbeit, Vorhaben der Prävention von gewaltsamer Konfliktaustragung und in der Konfliktnachsorge in Frage.“

4. **das Leitbild einer Kultur des Friedens und der Toleranz**, einen dialogisch-politischen Entwurf der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Positionen als Voraussetzung der Verweigerung eines grundsätzlichen Gut-Böse-Schemas, wie es in jüngsten Äußerungen von Präsident Bush von der totalen Ausmerzung des Bösen wieder aufscheint - in eigenartigem Kontrast - fast wie ein Widerschein - zum islamistischen Feindbild des grundsätzlich bösen Westens. Hier liessen sich viele Autoren zitieren; ich verweise besonders auf den berühmten norwegischen Friedensforscher Galtung und den amerikanischen Friedensstifter Jean Paul Lederach.
5. **das Leitbild des Völkerrechts im Sinne von Kants „Ewigem Frieden“**, nämlich einen weltweit koordinierten und kodifizierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UNO-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter – der nächste Schritt dazu ist die Ratifizierung des geplanten Internationalen Strafgerichtshofes.

IV.

Abschließend noch einige grundsätzliche Bemerkungen.

Der ev. Sozialethiker Wolfgang Lienemann hat schon 1993, zwei Jahre vor Srebrenica vorgeschlagen, „auf Dauer eine UNO-Streitmacht zur Durchsetzung des Völkerrechts“ aufzubauen - bei gleichzeitiger Abrüstung der nationalen Armeen. „In dieser Ordnung wären Soldaten ihrer Funktion nach von Polizisten nicht mehr zu unterscheiden. Ich denke, ihre Legitimität würden auch Pazifisten anerkennen können.“ Ich antworte: Ja, dies kann ich, wenn der Begriff Militär und damit die Institution des Krieges als politisches Mittel von nationalstaatlicher und auch blockbezogener Machtpolitik wirklich aufgegeben wird.

Wenn jetzt Erhard Eppler angesichts der „privatisierten Gewalt“ im Prozess der Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols oder überhaupt staatlicher Strukturen, sagt (taz v. 19.11.2001): „Der Pazifismus ist nicht tot, aber er muss sich wandeln. Er muss zum Partner des Militärs werden.“ – so kann ich dem so nicht zustimmen. Ich habe zwar erlebt, wie auf dem Balkan die Zusammenarbeit problemlos im Bereich praktischer Hilfe lief, aber da handelte es sich faktisch nicht mehr um Militär, sondern ihrer Funktion nach um Polizei und technische Hilfskräfte. Ich warne also davor, dass Pazifisten und Friedenfachkräfte in die Logik des Militärs eingebunden werden – praktisch, ideologisch und politisch. Nein, Militär ist historisch überholt und muss sich einer grundlegenden Konversion unterziehen – oder sich auflösen. Diese Debatte steht dem Pazifismus in der Tat jetzt bevor.

Und ein Letztes:

Friedensarbeit braucht Geduld, Langsamkeit, Liebe, Wachsen von unten. Sie kann nicht wie Militär schnelle Lösungen einreden, schaffen, vorgaukeln und durchkämpfen. Aber die

schnellen Sieges-Lösungen schaffen erfahrungsgemäß wieder ihrerseits neue Ungerechtigkeiten und neuen Unfrieden. Es braucht den Aufbau von Friedenskultur - das geht nur von unten. Und zum anderen braucht es die eigene Selbstkritik im sich ausweitenden Weltkonflikt zwischen Nord und Süd, den Versuch die Anteile am Konflikt zuzugeben, das heißt besonders für uns im Westen, die von unserer wirtschaftlichen Dominanz verübten Ungerechtigkeiten, auch tödlichen Folgen! Wir müssen uns schonungslos fragen, wie Gerechtigkeit weltweit statt in der militärischen Absicherung ökonomischer Herrschaft in einer neuen Kultur des Dialogs und in einem Dialog der Kulturen entwickelt werden kann. Dazu braucht es alle pazifistischen Kräfte.